

dungen bis heute nicht vermocht, ihre Produktion durch Stilllegungen und Förderbeschränkung auf bestimmte Kohlensorten den veränderten Marktverhältnissen anzupassen. Das wäre in einer Einheitsgesellschaft unter staatlichem Druck leichter möglich.

Aus diesem Grund verzichteten beispielsweise Englands Konservative darauf, den von einer Labour-Regierung 1946 geschaffenen staatlichen Kohlekonzern (National Coal Board) wieder zu privatisieren.

Auch Bonns Energie-Politiker bewegen sich insgeheim schon auf Söhngens Linie. Unter den Möglichkeiten, die — freilich kaum noch vor der Wahl — im Bundeskabinett erörtert werden sollen, kommt eine dem Söhngen-Plan sehr nahe: Gründung einer Einheitsgesellschaft, die allerdings die Zechen von den gegenwärtigen Eigentümern nicht übernehmen, sondern nur pachten soll. Dabei würde sich die schwierige Frage, wie die in eine Gesellschaft eingebrachten Zechen zu bewerten seien, nicht stellen.

Frappant für die Kohle-Experten an Rhein und Ruhr war mithin nicht so sehr, was Werner Söhngen sagte, als vielmehr, daß er es sagte. Oder, wie es Heinz Kegel vom Vorstand der IG Bergbau formuliert: „Söhngen hat den Mut gehabt auszusprechen, was hinter der hohlen Hand allgemein im Bergbau ausgesprochen wird.“

ABGEORDNETE

UNERTL

Partisan in Passau

Franz Xaver Unertl aus dem niederbayrischen Birnbach atmete tief auf. Dann fuhr sich das CSU-MdB mit einem Taschentuch über den blanken Rundschädel und gelobte strahlend, das in ihn gesetzte Vertrauen auch weiterhin rechtfertigen zu wollen: CSU-Funktionäre des Bundeswahlkreises Passau hatten soeben beschlossen, den Bonner



CSU-Vertreter Unertl
Ohrwaschl am Volk

Vorkämpfer des heimischen Gastwirts- und Viehhändlerstandes für eine weitere Legislaturperiode in das Parlament zu entsenden.

Fünfzehn Monate lang hatte Unertl, 53, um den Verlust seines politischen Fundaments gebangt. 1953 war er für den Wahlkreis Vilshofen in den Bundestag eingerückt, aber im Zuge einer Reorganisation hatte das Parlament just diesen Wahlkreis, als einzigen Niederbayerns, im Dezember 1963 liquidiert.

Unertl sah nicht nur seine christsoziale Repräsentanz, sondern auch die fidele Publizität bedroht, die er sich mit Kernsprüchen verschafft hatte wie „Du gottverreckte Bauernsau“ (zum Bürgermeister der Gemeinde Asbach), „Raubritterbua erster Klasse“ (über den CSU-Freiherrn Guttenberg) oder: „Ich geh Ostern nicht aufs Beichten. Was die katholischen Blätter über mich berichtet haben, ist gegen das achte Gebot. Was die nämlich über mich zusammenlügen in letzter Zeit, geht auf keine Kuhhaut.“

Konrad Adenauer erhielt von Unertl den Rat, zu heiraten: „Eine adelige Dame aus Bayern wäre das beste.“ Der Bayerische Hotel- und Gaststättenverband distanzierte sich vom Kollegen Unertl, nachdem der Xaver verlangt hatte, hinfort sollten die Kellner sonntags 20 Prozent Trinkgeld erhalten. Und als er in Passau zum vierten Male wegen falschen Parkens gebührenpflichtig verwarnt wurde, revanchierte sich der Volksvertreter düster: Er werde zu einem Boykott der Donaustadt aufrufen.

Zu seinem Glück tat er das nicht. Denn nachdem sein Wahlkreis aufgegeben worden war, bot sich als neue politische Basis der benachbarte Wahlkreis Passau an. Von 1949 bis 1961 hatte Fritz Schäffer dieses Gebiet in Bonn vertreten. Nach Schäffers Rückzug aus der aktiven Politik vermochte sich die Passauer CSU zunächst keinen würdigeren Nachfolger vorzustellen als den örtlichen Verleger Hans Kapfinger („Passauer Neue Presse“).

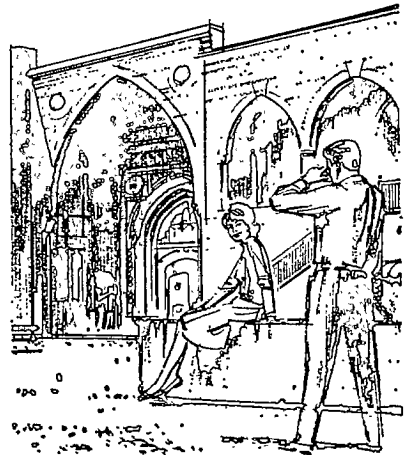
Gerade um diese Zeit aber — im Frühling 1961 — wurde eine Kuppel-Anklage gegen den Zeitungskönig von Niederbayern populär. Die christsozialen Honoratioren entschieden sich ersatzweise für den Kapfinger-Angestellten August Ramminger.

Der Bäckersohn Ramminger, damals 61, hatte den größten Teil seines beruflichen Lebens in der engeren Heimat verbracht. Seit 1949 leitartikelte er, teils als stellvertretender Chefredakteur, teils als Ressortleiter für Politik und Wirtschaft, in der „Passauer Neuen Presse“. Nun folgte er dem CSU-Ruf und wurde glatt gewählt.

Als Mann der Feder schrieb er weiterhin Leitartikel für das Kapfinger-Blatt, als Mann des Worts trug er die gleichen Gedankengänge auf niederbayrischen CSU-Versammlungen vor. Nach der Ermordung des US-Präsidenten Kennedy kommentierte das MdB Ramminger zu Untergriesbach das Ereignis mündlich in einer Weise, die im Kapfinger-Blatt so referiert wurde:

„In Bonn habe man ... darauf gehofft, Kennedy könne nicht wiedergewählt werden. Er habe praktisch in seiner Politik versagt, und es sei damit zu rechnen gewesen, daß er die Wahl verloren hätte. Das sei im nächsten Jahr

Neckermann Traumreisen zum Libanon



Die Neckermann-Traumreisen 1965 in die „Schweiz des Orients“ hinterlassen unvergeßliche Eindrücke.

Wir bieten: Hin- und Rückflüge mit der Boeing Frankfurt—Beirut, 1. Klasse-Hotels, ausgezeichnete Verpflegung, Beförderung und Eintritt zu exklusiven Strandanlagen:

15 Urlaubstage „alles inbegriffen“ ab Frankfurt 745,— DM

22 Urlaubstage „alles inbegriffen“ ab Frankfurt 975,— DM

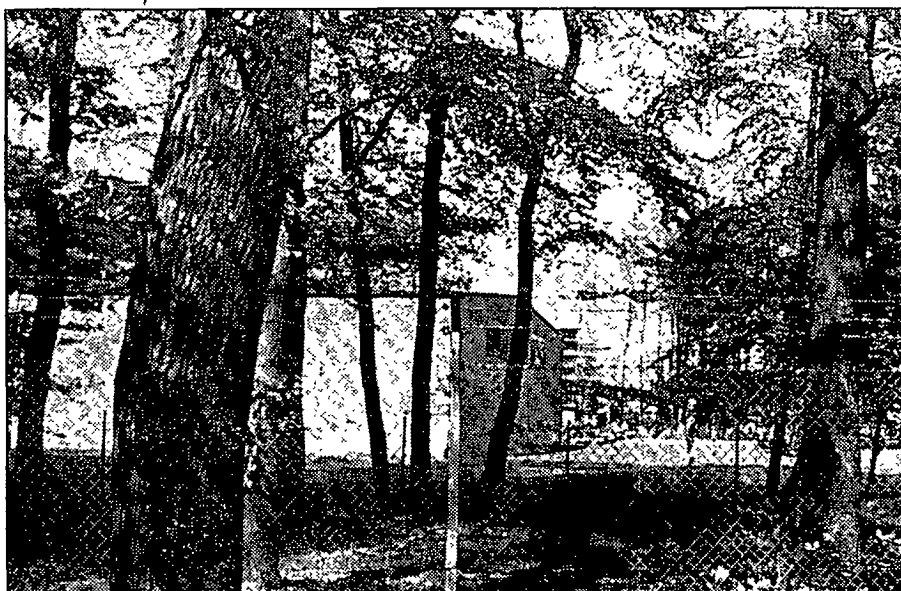
Direktanschlüsse von allen deutschen Flughäfen.

Preiswerte Ausflüge
z. B. nach Jerusalem, Damaskus, Baalbeck und die libanesischen Berge.

Auskunft und Anmeldung in allen Neckermann-Kaufhäusern und Verkaufsstellen sowie in Reisebüros mit der N-U-R-Agentur. Ausführlichen, bebilderten Reiseprospekt — auch über viele andere Ferientziele — bitte bei uns direkt anfordern.



NECKERMANN
Abt. Urlaubsreisen
6 Frankfurt 1, Postfach 2729



Kernforschungs-Lager bei Jülich: Zentrifugale Kräfte...

zu erwarten gewesen. Nun sei er tot. So tragisch das auch sei, müsse er doch sagen, daß damit das Problem Kennedy gelöst sei."

Die CSU-Landesleitung rückte von dem Nachruf ab und nannte Rammingers Rede „eine unmögliche Ausdrucksweise“. Und nun griff auch die „Passauer Neue Presse“ ihren August Ramming wegen seiner Kennedy-Sprüche mehrfach vehement an und ergänzte schließlich — im Januar 1964 — ihre Attacken durch die Meldung, „weite Kreise“ der CSU sprächen sich dafür aus, daß Ramming im Herbst 1965 durch Unertl abgelöst werde.

Unertl, der sich gern rühmt, er habe „s Ohrwaschl an der Bevölkerung“, verbreitete ähnliche Informationen, aber zumindest im Wahlkreis Passau wünschten weite Kreise der CSU ihn keineswegs. Zwar propagierte Kapfingers Zeitung den Birnbacher ein Jahr lang überschwänglich, die Passauer jedoch bevorzugten einen CSU-Lokalmandat, den Studienprofessor Karl Fuchs.

Unertl erkannte, daß er sich auf sein Ohrwaschl allein nicht recht verlassen konnte, und lehnte sich noch enger an den CSU-Chef an. Schon im Mai 1963 hatte ihn die Hamburger „Zeit“ als „Strauß-Partisan“ bezeichnet; jetzt verstärkte er sein Engagement und lobte den Parteivorsitzer lauter denn zuvor: „Daß wir vom Osten nicht aufgefressen worden sind, haben wir Strauß als Verteidigungsminister zu danken.“

Am Aschermittwoch 1965 lohnte sich sein Einsatz. Strauß setzte seine Unterschrift auf ein Stück Papier, dessen Text die Verheißung enthielt: Der in Passau intern unterliegende Aspirant bekommt einen absolut sicheren Platz auf der CSU-Landesliste. Angesichts dieser schriftlichen Listen-Garantie trat Fuchs freiwillig zurück — und wurde dennoch Ende Mai nicht auf der CSU-Kandidatenliste placiert, obwohl er (wie die „Passauer Neue Presse“ wußte) von Strauß „ehrenwörtlich gegebene Zusicherungen“ hatte.

Unertl aber verkündete: „Mein Gegenkandidat war ein Oberstudienrat, ein Professor — den zu schlagen ist schon eine Leistung.“

BEHÖRDEN

KERNFORSCHUNG

Von hinten

Ein mannshoher Zaun im Stetternicher Forst bei Jülich verbirgt Bonns jüngstes Denkmal wissenschaftspolitischer Initiative: die bundeseigene Gesellschaft für Kernverfahrenstechnik (GKT).

Vier Forschungshallen und -baracken, mit modernem Gerät ausgestattet und für fast drei Millionen Mark Steuergelder errichtet, harren vergeblich ihrer Benutzer:

- ▷ Statt der erwarteten rund 35 Wissenschaftler und Ingenieure rückten bisher nur vier über die neu gebaute Zufahrtsstraße in die Gebäude ein.
- ▷ Von 19 Technikern, die das Frankfurter Metallunternehmen Degussa Ende 1964 nach Jülich abgestellt hatte, sind inzwischen 16 desertiert.

Atom-Professor Groth
... löhnten die Organisation

Damit droht der erste und bisher einzige westdeutsche Versuch zu scheitern, atomwissenschaftliche Entwicklungsgruppen nach amerikanischem Vorbild an einem Ort zu vereinen.

In den USA hatte sich die Nützlichkeit solcher Zusammenarbeit schon deshalb erwiesen, weil die Konzentration der Wissenschaftler und der damit verbundene ständige Erfahrungsaustausch kostspielige Parallel-Entwicklungen ausschloß und die Forschungsarbeiten beschleunigte.

Freilich hatte in Westdeutschland zunächst ein anderes Motiv zu dem Jülicher Ko-Operations-Plan geführt: Eine von dem Bonner Professor Wilhelm Groth entwickelte Gaszentrifuge war von der Bundesregierung 1960 auf Wunsch Washingtons zum Staatsgeheimnis erklärt worden. Mit Hilfe dieser Zentrifuge ist es möglich, das hochradioaktive Uran 235, das in natürlichem Uranmetall nur zu 0,714 Prozent enthalten ist, von den Isotopen U 234 und U 238 zu trennen und damit jene intensive Strahlung zu erreichen, die für rentable Kernbrennstoffe benötigt wird.

Während aber die Wissenschaftsfunktionäre und der professorale Kernforscher Groth ausschließlich auf den billigen Atomstrom der Zukunft spekulierten, argwöhnten die Amerikaner Schlimmes. Sie befürchteten, die ebenso zum Bau von Atombomben nützlichen Erkenntnisse deutscher Forscher könnten — an vielen Orten nur mangelhaft vor Geheimnisverrat geschützt — zu einer unerwünschten Vergrößerung des Atom-Klubs (USA, Großbritannien, Frankreich, UdSSR und Rotschina) führen. Washington begrüßte daher das Drei-Millionen-Projekt in Jülich.

Überdies verlangten die Amerikaner von der Bundesregierung, sämtliche Ergebnisse der Groth-Experimente sollten der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) vorenthalten werden. Andernfalls — so Washington — könnte sich das Tempo der Atomausrüstung des Generals de Gaulle unerwünscht beschleunigen.

Professor Groth empfand es als schmeichelhaft, daß seine Zentrifuge zu Westdeutschlands erstem wissenschaftlichem Staatsgeheimnis erklärt wurde. Auch er forderte — da an der Bonner Universität die Einkhaltung der Geheimhaltungsvorschriften nicht gewährleistet sei — den Aufbau eines Kernverfahrens-Forschungszentrums, in das zugleich alle Kollegen einbezogen werden sollten, die sich ebenfalls an der Isotopentrennung und verwandten Verfahrenstechniken versuchten.

Nachdem sich auch der Kieler Kern-Professor Hans Martin, der Aachener Diplom-Ingenieur Dr. Beyerle und der Wissenschaftler Zippe von der Frankfurter Degussa zur Mitarbeit bereit erklärt hatten, ließ die Bundesregierung die Bauarbeiten einleiten.

Aber bevor in Jülich die zentrifugalen Kräfte zur Isotopentrennung mobilisiert werden konnten, wirkten sie sich im Organisatorischen aus:

- ▷ Das Wissenschaftsministerium gründete erst nach dreieinhalb Jahren, im Herbst 1964, die Gesellschaft für Kernverfahrenstechnik als Bundes-GmbH, weil sich das Finanzministerium bis dahin gegen die Errichtung eines neuen Bundesunternehmens gestäubt hatte;
- ▷ der Kieler Professor Martin verkündete, er werde erst im Laufe des